

Kirchenkritik an EU-Handelsvertrag mit Mercosur-Staaten

utl: Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz für internationale Entwicklung und Mission (KOO) warnt vor Rückschlag für Menschenrechte und Umweltschutz=

Wien, 27.6.2019 (KAP) Scharfe Kritik am offenbar bevorstehenden Abschluss des EU-Handelsvertrags mit den lateinamerikanischen Mercosur-Staaten gibt es von der Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz für internationale Entwicklung und Mission (KOO). KOO-Geschäftsführerin Anja Appel warnte am Donnerstag vor einem "Kuhhandel" und einem Rückschlag für Menschenrechte und Umweltschutz. Die Kirchenfachstelle befürchtet durch das Abkommen massive Verstöße gegen Umwelt- und Sozialrichtlinien, besonders in den Mercosur-Staaten Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay.

"Die Umsetzung der Handelsziele wird das Pariser Klimaabkommen untergraben", prognostizierte Appel in einer Presseerklärung. "Wir beobachten eine sich stetig verschlechternde Menschenrechts- und Umweltsituation in Brasilien und in Paraguay." Die EU sei ein riesiger Markt für brasilianisches Soja und Rindfleisch, deren Produktion zu Entwaldung und Menschenrechtsverletzung führe. Durch die massive Ausdehnung von Anbauflächen komme es zu einer Verschärfung von Landnutzungsverhältnissen und Landbedarf bei beiden Handelsblöcken. "Landaneignungen, Landraub und Zerstörung der Lebensgrundlagen der ansässigen Bevölkerung stehen auf der Tagesordnung, indigene Gruppen werden massiv diskriminiert und zurückgedrängt", so die KOO-Geschäftsführerin.

Appel warnte aber auch vor spürbaren Konsequenzen des Handelsabkommens in Österreich und innerhalb der EU. Durch den Abschluss werde großindustrieller Produktion der Vorzug gegeben, kleinbäuerliche Landwirtschaft unter Druck kommen und massiven Änderungen unterworfen werden, so die Expertin: "Die Befürchtung ist groß, dass europäische Lebensmittelstandards und das Vorsorgeprinzip untergraben werden."

Konkret fordert die KOO daher für das EU-Mercosur-Abkommen die Etablierung einer menschenrechtlichen Folgenabschätzung und eine Nachhaltigkeits-Folgenabschätzung. Klauseln, die die Einhaltung internationaler Arbeits-, Umwelt-, und Menschenrechtsnormen vorschreiben, müssten zudem Vorrang vor zollpolitischen Vereinbarungen genießen. Dringend notwendig sind für die Kirchenfachstelle auch leicht zugängliche Beschwerdemechanismen sowie die Einführung effektiver Sanktionsmechanismen und partizipativ gestaltete Monitoringinstanzen.

Die Koordinierungsstelle und ihre Mitglieder arbeiten seit Jahren zu Freihandelsabkommen, informieren über Auswirkungen in den Partnerländern und treten für bessere Lebensbedingungen im Süden ein. Besonders die Amazonasregion und die dort lebenden Kleinbauern, Flussbewohner und Angehörigen indigener Völker sind laut Experten von der Ausbreitung der agroindustriellen und extraktivistischen Wirtschaft, die durch den bilateralen Handel gefördert wird, massiv bedroht. Im Oktober 2019 findet in Rom die Amazonien-Synode der katholischen Kirche statt, die als ein Ziel eine "ganzheitliche Ökologie" verfolgt.

Das Abkommen mit den Mercosur-Staaten wäre einer der größten Freihandelsverträge den die Europäische Union bisher abgeschlossen hat. Grundlegendes Ziel ist, Waren ohne Zölle zwischen den EU- und den Mercosur-Ländern auszutauschen. Die bereits 1999 begonnenen Verhandlungen für das Abkommen sollen laut Medienberichten kurz vor dem Abschluss stehen. Bis Ende dieser Woche sollen noch die letzten sensiblen Bereiche geklärt werden, allen voran Rindfleisch- und Autoquoten.

Copyright 2019 Katholische Presseagentur KATHPRESS, Wien, Österreich

(www.kathpress.at) Alle Rechte vorbehalten

Tipp: Ab sofort verfügbar: Die neue Kathpress-App mit vielen neuen Features für Abonnenten. Weitere

Infos: www.kathpress.at/app